



Liebe Genossinnen und Genossen,
 liebe Freunde,

das Abstimmungsergebnis in der Türkei ist sicherlich für viele von uns schwer nachvollziehbar. Die Wähler haben Demokratie, Presse- und Meinungsfreiheit gegen mehr Macht für Präsident Erdogan eingetauscht. Auch bei uns haben viele für Erdogan gestimmt. Allerdings sind auch viele unserer türkischen Mitbürger nicht zur Wahl gegangen.

Wir dürfen jetzt nicht an der Integration zweifeln. Vielmehr müssen wir unsere Anstrengungen verstärken und für unsere Werte werben. Nur in einer freien und demokratischen Gesellschaft gelingt ein gutes Miteinander unterschiedlicher Kulturen und Weltanschauungen. Das ist auch der Grund, warum viele türkischstämmige Menschen gern bei uns leben.

Um diese Werte geht es auch bei der Präsidentschaftswahl in Frankreich. Es sieht so aus, als könnte der parteilose Emmanuel Macron die Stichwahl in der kommenden Woche gewinnen und Marine Le Pen verhindern. Besonders die jungen Franzosen haben für ihn und damit für ein geeintes Europa gestimmt. Bei uns steht Martin Schulz als leidenschaftlicher Europaverfechter für dieses Anliegen. Niemand verkörpert es besser als er.

Armut und Reichtum in Deutschland

Obwohl sich die soziale Lage insgesamt positiv entwickelt hat, erreichte der Aufschwung der letzten Jahre nicht alle Menschen. Das zeigt der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Insbesondere Menschen mit geringem Einkommen sind von der guten Entwicklung abgehängt.

Zwar hat die Einführung des Mindestlohns zu Verbesserungen geführt, dennoch bleibt viel zu tun. Die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen muss weg. Wir müssen Leiharbeit und Werkverträge weiter eindämmen. Mit einem Pakt für anständige Löhne will Andrea Nahles Arbeitgeber und Gewerkschaften an einen Tisch holen, um über eine Verbesserung der Einkommenssituation zu sprechen. Ein Schritt ist mit Sicherheit die Stärkung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen.

Kontakt

Berliner Büro

Tel.: 030 227-78494

Fax: 030 227-76496

sabine.poschmann
 @bundestag.de

Wahlkreis Büro

Tel.: 0231 286 786 18

Fax: 0231 286 786 16

sabine.poschmann.ma04
 @bundestag.de

www.sabine-poschmann.de
<https://www.facebook.com/poschmann.spd>

Links

<http://www.spdfraktion.de/>
<http://www.bundestag.de/>
<http://www.spd.de/>

Trotz aller Kritik im Vorfeld ist der Bericht aus dem Arbeitsministerium transparenter als jemals zuvor. Erstmals wurden auch Erhebungen zur Verteilung von Vermögen gemacht. Bei der politischen Bewertung gab es allerdings große Unterschiede zwischen der Union und der SPD.

Verbesserungen bei Erwerbsminderungsrente

Der Bundestag hat beschlossen, die Unterstützung für Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht bzw. nicht mehr Vollzeit arbeiten können, zu verbessern. Bis zum Erreichen der Altersrente erhalten sie Unterstützung in Form der Erwerbsminderungsrente. Bei der Berechnung der regulären Rente werden sie bisher so behandelt, als hätten sie bis zum 62. Lebensjahr gearbeitet. Mit unserem Gesetz heben wir diese Grenze schrittweise auf 65 an.

Durch diese Änderung steigen die Renten der jährlich 170.000 Betroffenen. Das war ein Anliegen der Sozialdemokraten. Denn Bezieher einer Erwerbsminderungsrente sind sechsmal häufiger auf Leistungen der Grundsicherung im Alter angewiesen als reguläre Rentner.

Verbot von Kinderehen

Kinder gehören nicht vor den Traualtar. Deswegen haben wir einen Gesetzentwurf vorgestellt, der Ehen von Minderjährigen verbietet. Zukünftig darf erst ab dem 18. Lebensjahr geheiratet werden.

Besonders durch den Zuzug von Flüchtlingen stieg im letzten Jahr die Zahl von Kinderehen in Deutschland auf rund 1.500 Fälle. Mehr als jede fünfte davon betrifft unter 14-jährige. Sie haben sich sicherlich nicht freiwillig für den Bund fürs Leben entschieden oder waren sich nicht der Tragweite der Entscheidung bewusst. Deshalb werden diese Ehen mit dem neuen Gesetz unwirksam. Nur in besonderen Fällen können sie bei Jugendlichen im Alter von 16 bis 17 Jahren bestehen bleiben.

Fraktion vor Ort mit Hubertus Heil

SPD BUNDESTAGS FRAKTION
WIRTSCHAFTLICHER ERFOLG & SOZIALE GERECHTIGKEIT
zwei Seiten einer Medaille
SOZIALE GERECHTIGKEIT WIRTSCHAFTLICHER ERFOLG
DISKUSSIONSVERANSTALTUNG MIT SABINE POSCHMANN MdB
9. MAI 2017 18 UHR IM REINOLDINUM IN DORTMUND HUBERTUS HEIL MdB

Am 9. Mai lade ich zu einer Diskussionsveranstaltung über soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Erfolg ein. Zusammen mit Prof. Horn von der Hans-Böckler-Stiftung und dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Hubertus Heil wollen wir darüber sprechen, wie wir Wohlstand besser verteilen und welchen Beitrag die Wirtschaft dazu leisten kann.

Ich würde mich sehr freuen, euch bei unserer Veranstaltung begrüßen zu dürfen. Bitte meldet euch zur besseren Planung bei Hedia unter der Tel-Nr. 0231 / 28 67 86 18 an oder schreibt eine Mail an mein Wahlkreisbüro.

Demokratiefördergesetz

Strengere Sicherheitsgesetze und mehr Polizei verhindern keine Gewalttaten. Radikale und Extremisten lassen sich davon nicht abschrecken. Deswegen haben wir ein Konzept für ein Demokratiefördergesetz vorgestellt.

Darin fordern wir neben flächendeckenden Beratungsstrukturen eine stärkere Kooperation mit Moscheegemeinden und Projekte zur Verhinderung von Radikalisierungen. Zudem wollen wir in den Schulen die Medienkompetenz Jugendlicher stärken. Auch im Internet müssen wir mit Aufklärung gegen Hassbotschaften vorgehen.

Mit dem Programm „Demokratie leben!“ unterstützt der Bund bereits landesweit Initiativen und Projekte gegen Extremismus. So erhält beispielsweise der Dortmunder Verein „Come Back – Back Up“ Mittel, um Jugendliche vom Abdriften in die rechte Szene abzuhalten.

Ein Demokratiefördergesetz würde die Finanzierung dieser wichtigen Arbeit langfristig sichern. Das wäre auch für die vielen Vereine und Initiativen gut, die so besser planen könnten. Bisher sperrt sich die Union gegen dieses wichtige Vorhaben.

Gerechtigkeit für verurteilte Homosexuelle

Für die 5.000 heute noch lebenden Männer, die unter dem Paragrafen 175 in Deutschland wegen ihrer Homosexualität verurteilt wurden, hat der Bundestag eine Rehabilitierung und Entschädigung beschlossen. Damit erfahren sie endlich Gerechtigkeit. Zudem erhalten sie zunächst einen Pauschalbetrag von 3.000 Euro und weitere 1.500 Euro für jedes angefangene Jahr, das sie in Haft verbracht haben.

Insgesamt wurden in der Bundesrepublik rund 50.000 Männer wegen ihrer Liebe zu anderen Männern verurteilt. Grundlage war der berüchtigte Paragraf 175, der in der Kaiserzeit eingeführt und unter den Nationalsozialisten verschärft wurde. SPD-Justizminister Gustav Heinemann entschärfte ihn zwar 1969, aber erst 1994 wurde er ganz gestrichen. Die Urteile haben jedoch bis heute Bestand. Der Entwurf von Heiko Maas beseitigt dieses Unrecht.

Briefkastenfirmen das Handwerk legen

Steuerbetrug mittels Briefkastenfirmen schieben wir einen Riegel vor. Mit einem entsprechenden Gesetz verpflichten wir Unternehmen und Personen mit Firmen außerhalb der Europäischen Union, ihre Geschäfte offen zu legen. Nur so können wir verhindern, dass diese allein dafür genutzt werden, um Gelder zu verschieben und Steuerbetrug zu verschleiern.

Im letzten Jahr wurde mit der Veröffentlichung der sogenannten „Panama-Papers“ klar, dass mit Scheinfirmen Milliarden an Steuern hinterzogen werden. Ausgerechnet diejenigen, die sehr viel Geld zur Verfügung haben, entziehen sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung. Die Finanzierung von Schulen, Straßen oder Kultur überlassen sie allen anderen. Damit wollen wir Schluss machen.

In zwei Wochen wählen wir in Nordrhein-Westfalen einen neuen Landtag. Ich hoffe, dass sich mehr Menschen als beim letzten Mal in die Wahllokale begeben. Denn wer nicht wählen geht, schwächt unsere Demokratie und stärkt die Verdrossenheit.

Unseren vier Landtagskandidaten Nadja, Volkan, Anja und Armin wünsche ich ein tolles Ergebnis!

Liebe Grüße

Eure 